



IN KÜRZE

Master in Arbeitsmarktpolitik und Entwicklung

Das International Training Center der ILO in Turin bietet gemeinsam mit zwei Universitäten einen Masterstudiengang für Arbeitsmarktpolitik und Entwicklung an. Informationen und Bewerbungsformulare sind verfügbar unter <http://maled.itcilo.org>.

Bundestagsausschuss zu Public-Private Partnerships

Der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat im Februar eine Anhörung über Chancen einer Kooperation mit der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit veranstaltet. In ihrer Stellungnahme hob die ILO Berlin die Bedeutung der Grundsaterklärung über multinationale Unternehmen (MNE Declaration) hervor.

ILO-Beschäftigungstrends

Laut den im Januar veröffentlichten „Global Employment Trends“ verharrte die weltweite Arbeitslosenrate 2010 trotz wirtschaftlicher Erholung bei 6,2 Prozent – kaum weniger als der Rekordstand von 6,3 Prozent im Vorjahr. 205 Millionen Menschen waren somit ohne Arbeit, 27,5 Millionen mehr als vor Ausbruch der Krise 2007.

Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte

Von Julia Gaska

Sie musste täglich von sechs Uhr morgens bis Mitternacht putzen, kochen und Kinder betreuen. Ihr ohnehin deutlich unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegender Lohn wurde größtenteils einbehalten, so wie auch ihr Pass. Erst als einer Kundin in einem Pariser Supermarkt der miserable Zustand der jungen Frau aus der Elfenbeinküste auffiel, kam heraus, dass sie in eine moderne Form der Sklaverei gezwungen wurde. Sie hatte die schwere ausbeuterische Arbeit bis dahin nur durchgehalten, weil sie Frankreich nicht verlassen wollte, um ihrer Familie weiterhin Geld schicken zu können.

wie vor, dass ihre Arbeitsbelastung zu hoch ist und sie unterbezahlt sowie ungeschützt sind. Die Arbeitsverhältnisse sind oft informell, und damit fehlt meist auch jegliche soziale Absicherung – von Mutterschutz bis Altersruhegeld. Gerade Frauen sind zudem öfters sexueller Belästigung ausgesetzt.

Arbeitsrechte auch für Beschäftigte im informellen Sektor

Diese Probleme will die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) durch eine neue Norm für menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte



Die Internationale Arbeitskonferenz 2010 diskutierte über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. 2011 soll ein entsprechendes Übereinkommen verabschiedet werden (Foto: ILO)

Auch wenn es sich bei diesem Beispiel um einen Extremfall handeln mag, zeigt es doch ein grundsätzliches Problem der Arbeit hinter verschlossenen Türen: In vielen Ländern fehlen verbindliche Regelungen für Hausangestellte, und wo es sie gibt, werden sie nicht immer beachtet.

Hausangestellte arbeiten im privaten Raum, so dass Kontrollen kaum möglich sind. Auch Gewerkschaften, die für ihre Rechte eintreten könnten, existieren praktisch nirgends. Für viele Hausangestellte gilt nach

angehen, deren Verabschiedung auf der Tagesordnung der 100. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni dieses Jahres steht. Erstmals würden damit Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern auch im informellen Sektor festgeschrieben.

Mit der neuen Norm will die ILO über die bloße Ermittlung von Verstößen gegen die Kernarbeitsnormen wie das Zwangsarbeitsverbot hinausgehen. Sie will Orientierung bieten bei der Ausgestaltung gesetzlicher Regelungen zugunsten von



„Dienstmädchen in Senegal: Hausangestellte sind häufig noch Kinder

(Foto: ILO)

Arbeitnehmern und -nehmerinnen, die in besonderer Weise der Unterstützung bedürfen. Die besonderen Charakteristiken von Hausarbeit stellen keinen Grund dar, Hausangestellte vom Schutz durch internationale Arbeitsnormen auszuschließen.

Hauswirtschaftliche Arbeit ist eine der ältesten und wichtigsten Erwerbstätigkeiten für Millionen von Frauen. Dennoch wird sie gemeinhin nicht als gleichberechtigte Arbeit wahrgenommen, sondern als ohnehin stattfindende Hausfrauentätigkeit abgetan. Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte ist darum auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit.

Steigende Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen

Die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen hat in den letzten Jahren zugenommen. Der starke Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Alterung der Gesellschaften und die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen zu diesem Trend bei. Besonders in Entwicklungsländern machen Hausangestellte einen beträchtlichen Teil der Erwerbsbevölkerung aus. Die ILO schätzt ihren Anteil an allen Beschäftigten dort auf zwischen fünf

und neun Prozent, während er in den Industrieländern bei bis zu 2,5 Prozent liegen soll.

Besonders problematisch ist, dass in vielen Ländern hauswirtschaftliche Arbeit oft von Kindern verrichtet wird. Millionen minderjährige Dienstboten sind in fremden Haushalten angestellt, oft in vollkommener Abhängigkeit vom Arbeitgeber und teilweise auch ganz ohne Bezahlung. Vor allem Mädchen erhalten meist lediglich Kost und Logis. Ihnen werden grundlegende Rechte auf Bildung, eine angemessene gesundheitliche Versorgung und Ernährung verwehrt.

Allein in Haiti sollen 2007 bis zu 100.000 Hausmädchen im Kinderalter gearbeitet haben. Nach einem Besuch auf der Insel erklärte die UN-Sonderberichterstatteerin über zeitgenössische Formen der Sklaverei, Gulnara Shahinian, dass hier von einer „modernen Form der Sklaverei“ gesprochen werden müsse.

Eines dieser Kinder ist Régina. Mit nur zehn Jahren, so erzählte sie Amnesty International, wurde sie als Hausmädchen in die Stadt geschickt. Als sie die dort erfahrene körperliche Gewalt nicht mehr ertrug, floh sie und verbrachte die nächsten vier Jahre in einem Heim für Kinderhausangestellte. Nachdem sie wieder mit ihrer Mutter vereint wurde, wurde

sie auch dort wie ein Dienstmädchen behandelt und überdies vom Sohn des neuen Partners der Mutter vergewaltigt. Régina kehrte in das Kinderheim zurück und brachte dort im Alter von nur 14 Jahren ein Mädchen zur Welt.

Den Kampf gegen Kinderarbeit, die oft in Form von Hausarbeit stattfindet, hat die ILO schon lange auf ihre Fahnen geschrieben und dabei viele Erfolge erzielt. Der vorläufige Entwurf eines Übereinkommens über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte beinhaltet ebenfalls ein Mindestalter. Vorgesehen ist unter anderem die Einrichtung eines Beschwerdemechanismus für Betroffene, um Behörden über missbräuchliche Praktiken wie die Beschäftigung von Kindern in Haushalten zu informieren.

Unterstützung der ILO für verbesserte Arbeitsbedingungen

Schon jetzt unterstützt die ILO Mitgliedsstaaten bei der Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen für Hausangestellte, beispielsweise durch die Formulierung von arbeitsrechtlichen Regelungen und Musterarbeitsverträgen. Die neue Norm würde die Grundlage dieser Zusammenarbeit stärken und die Anerkennung der Rechte von Hausangestellten als gleichberechtigte Arbeitnehmer effektiver fördern.

Vorgesehen sind Regelungen zu Arbeitsumfang, Löhnen und zur Bewegungsfreiheit. Überdies sollen die gewerkschaftliche Vertretung von Hausangestellten und der soziale Dialog gefördert werden – wie etwa durch die im Jahr 2000 gegründete Domestic Workers United (DWU), die Organisationen aus Afrika, der Karibik und Lateinamerika koordiniert. Das geplante Übereinkommen und der damit verbundene globale Aktionsplan sollen in den Mitgliedsstaaten wirksame Gesetze und Mittel zu deren Durchsetzung fördern. Diese sollen auch strafrechtliche Sanktionen gegen diejenigen beinhalten, die sich der Ausbeutung ihrer Hausangestellten schuldig machen.

Jugendarbeitslosigkeit und Rebellion

Von Dorothea Schmidt, ILO Kairo

In den letzten Wochen haben Proteste in Nordafrika, besonders in Ägypten und Tunesien, die Welt bewegt. Es waren vor allem junge Menschen, die auf die Straße gingen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Frustration, die Jugendliche auf den Arbeitsmärkten erfahren.

Die Jugendarbeitslosigkeit in der Region ist extrem hoch: 2010 lag sie bei durchschnittlich 23,4 Prozent. Für junge Frauen sieht es bei einer Arbeitslosenquote von 31,5 Prozent sogar noch schlimmer aus – und das, obwohl ihre Erwerbsbeteiligung ohnehin viel niedriger ist als irgendwo sonst auf der Welt. Wenn junge Menschen Arbeit haben, sind die Bedingungen oft sehr schlecht: niedrige Löhne, keine sicheren Verträge, keine Aussicht auf eine Karriere und keine Gewerkschaften, die sie vertreten können. Kein Wunder, dass so viele junge Menschen so wütend sind.

Selbst gute Ausbildung hilft nicht

Die Frustration wird noch dadurch verstärkt, dass die Eltern sehr viel Geld in die Ausbildung der Kinder gesteckt haben in der Überzeugung, dass dadurch deren Zukunft gesichert sei. Doch allzu oft werden die Hoffnungen enttäuscht. Die verschiedenen Bildung und Einkommensschichten sind gleichermaßen von Arbeitslosigkeit betroffen. Und eine soziale Absicherung, etwa durch Arbeitslosen- und Rentenversicherungen, gibt es meist nur für Beamte. Wer arbeitslos ist, droht schnell in die Armut abzurutschen.

Die Arbeitsmarktp Probleme sind in der gesamten Region sehr ähnlich, obwohl die Länder in vielerlei Hinsicht unterschiedlich sind. So ist beispielsweise in Tunesien die Jugend viel besser ausgebildet als in Ägypten. Ebenso hat Tunesien

bei der Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt größere Fortschritte gemacht als andere Länder in der Region. Unterschiede gibt es auch bei der Größe des informellen Sektors. In Ägypten entstehen die meisten neuen Arbeitsplätze in diesem ungesicherten Bereich, während er in Tunesien eine kleinere Rolle spielt. Doch trotz all dieser Unterschiede ist die Arbeitslosigkeit in Tunesien keineswegs niedriger als in Ägypten.

Jetzt muss die Schaffung neuer und guter Arbeitsplätze höchste Priorität für die neuen Regierungen haben. Das wird nicht über Nacht geschehen. Aber auf mittlere Sicht könnte beispielsweise schon viel erreicht werden, wenn sich die Ausbildung daran orientieren würde, was Arbeitgeber suchen. Arbeitgeber können ihrerseits Arbeitsplätze mit besseren Arbeitsbedingungen für junge Leute schaffen. Arbeitsmarktvermittlungssysteme sollten dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage zusammenfinden. Und junge Unternehmer müssen gefördert werden, da vor allem kleine und mittlere Unternehmen als Jobmotor dienen.

Wichtige Rolle für Gewerkschaften

Nur wenn es gelingt, die größten Probleme auf den Arbeitsmärkten zu lösen, werden die neuen Regierungen eine Chance haben, von den jungen Menschen anerkannt zu werden. Die ILO kann und will sie dabei unterstützen. Gewerkschaften werden in diesem Reformprozess eine entscheidende Rolle spielen, denn sie können den Bedürfnissen junger Menschen Ge-



Bettlerin in Kairo: ein Leben ohne Arbeit und ohne Hoffnung
(Foto: ILO)

hör verschaffen. Das Fehlen unabhängiger Gewerkschaften und der Mangel an sozialem Dialog gehören zu den Gründen für die Probleme auf den Arbeitsmärkten und für die Erfolglosigkeit bisheriger Maßnahmen.

Eine Konzentration der Wirtschaftspolitik auf die Schaffung von Beschäftigung, die Entwicklung des sozialen Dialogs und eine Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme werden darüber entscheiden, ob die Länder Nordafrikas einen Weg zu mehr Demokratie und zu menschenwürdiger Arbeit für alle finden werden.

Impressum

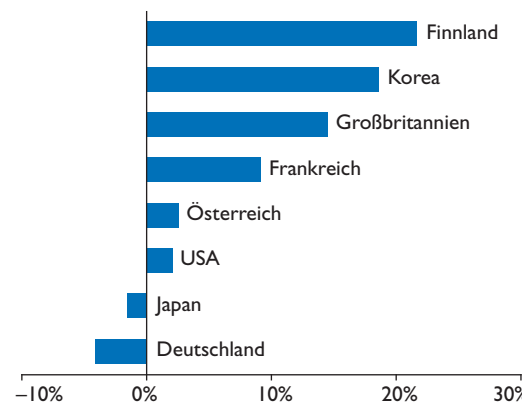
Herausgeber: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Vertretung in Deutschland
Kontakt: Karlplatz 7, 10117 Berlin
Telefon: 030/280 926 68
Telefax: 030/280 464 40
eMail: berlin@ilo.org
Internet: www.ilo.org/berlin
Redaktion: Nicola Liebert

Der globale Lohnbericht der ILO

Löhne und Gehälter sind durch die Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit unter Druck geraten. Laut dem im vergangenen Dezember erschienenen ILO-Lohnbericht („Global Wage Report 2010/2011“) legten die Reallöhne 2009 im weltweiten Durchschnitt nur noch um 1,6 Prozent zu. 2007 waren es noch 2,8 Prozent gewesen. Im Krisenjahr 2008 stiegen die Löhne im globalen Durchschnitt um lediglich 1,5 Prozent. In den G20-Staaten ohne China waren für 2008 und 2009 jeweils sogar nur 0,5 Prozent Lohnsteigerung zu verzeichnen.

„Stagnierende oder rückläufige Löhne behindern in vielen Ländern die konjunkturelle Erholung“, sagte ILO-Generaldirektor Juan Somavia. „Wir leben in einer Welt mit unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage bei zugleich anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaftspolitik muss ihren Schwerpunkt auf Beschäftigung und angemessene Entlohnung legen.“

Entwicklung von Löhnen und Gehältern 2000–2009 (inflationsbereinigt)



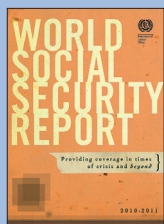
Deutschland hat die Folgen der Krise vergleichsweise gut bewältigt: Die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen sind hier nur leicht unter das Niveau vor der Krise gefallen. Preisbereinigt lagen sie 2009 mit 2.154 Euro nur ein Prozent unter dem Stand von 2007. Dies ist in erster Linie dem Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit infolge der Kurzarbeit geschuldet. Die durchschnittlichen Stundenverdienste stiegen dagegen um 2,4 Prozent von 19,28 auf 19,75 Euro.

Die schwache Lohnentwicklung während der Krise ist allerdings nur Teil eines langfristigen Trends. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist rückläufig, die Löhne halten nicht mehr Schritt mit der Produktivität, und die Einkommensunterschiede werden größer. Weltweit sind die Löhne und Gehälter innerhalb des vergangenen Jahrzehnts um ein knappes Viertel gestiegen. Aber in den entwickelten Ländern nahmen sie um nur 5,2 Prozent zu. Sie hinkten

damit der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich hinterher.

Dieses Ergebnis ist insbesondere der Entwicklung in den größten Industrieländern geschuldet: Während die monatlichen Arbeitnehmerverdienste in den USA von 2000 bis 2009 inflationsbereinigt noch um moderate 2,2 Prozent stiegen, fielen sie in Japan um 1,8 Prozent und in Deutschland sogar um 4,5 Prozent. Dies lag unter anderem an der Zunahme atypischer Beschäftigungsformen wie den 400-Euro-Jobs.

NEUERSCHEINUNGEN

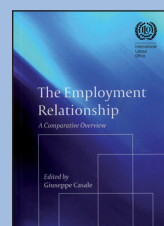


World Social Security Report 2010/11.
Providing coverage in times of crisis and beyond
November 2010,
277 S., 35 €

Der erste Teil einer künftig alle zwei Jahre erscheinenden Serie gibt einen Überblick über den Sozialversicherungsschutz weltweit. Der mit reichhaltigen Statistiken unterlegte Band zeigt, wie Länder soziale Schutzsysteme aufbauen, wie sie sie finanzieren und wie effektiv verschiedene Ansätze sind.

From the Great Recession to Labour Market Recovery. Issues, evidence and policy options
Iyanatul Islam, Sher Verick (Hg.),
Januar 2011, 330 S., 75 €

Volkswirte und Arbeitsmarktexperten beleuchten die Ursachen, Auswirkungen und die Maßnahmen zur Bekämpfung der 2007 ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die politischen Strategien zu ihrer Bekämpfung, wobei sie zwischen verschiedenen Ländern differenzieren, insbesondere zwischen Nord und Süd. Um künftige Krisen dieser Art zu vermeiden, plädieren die Autoren für verstärkte Anstrengungen für Vollbeschäftigung und für eine faire Globalisierung.



The Employment Relationship: A comparative overview
Giuseppe Casale (Hg.),
Januar 2011,
320 S., 33 €

In der Welt der Arbeit ist häufig unklar, ob ein Beschäftigungsverhältnis besteht. Arbeitsrechte können auf diese Weise umgangen werden. Das Buch beschreibt die komplexen Beziehungen von Arbeitsgesetzgebung und Beschäftigungsverhältnissen und stellt Definitionen, Begriffe, Gesetze und Praxis in verschiedenen Regionen der Welt dar.

Die ILO-Bücher können über den Buchhandel oder über die ILO Berlin, eMail: berlin@ilo.org, bezogen werden.